



François Seydoux de Clausonne

Französischer Botschafter in Bonn

«Gedanken zur französischen Außenpolitik»

Meine Damen, meine Herren! Meine lieben Freunde!

Ich bin gerne nach Bonn zurückgekehrt, denn ich hatte es nur ungern verlassen. Aber ich war mir durchaus im klaren, dass es nicht immer leicht sein würde, an der einstigen Stelle meines Wirkens noch einmal von vorne zu beginnen. Als ich Sommer 1958 zum erstenmal mein Amt antrat, wurde ich Nachfolger des neu ernannten Außenministers Couve de Murville. Dieser war auf Louis Joxe gefolgt, der nun ebenfalls schon seit Jahren eine maßgebende Rolle in der französischen Regierung spielt. Joxe selbst hatte François-Poncet abgelöst, der heute als Unsterblicher, nämlich als Mitglied der Académie Française mit dem Zweispitz auf dem Haupt und dem Degen in der Hand seines Amtes waltet. Mein Nachfolger und unmittelbarer Vorgänger schließlich, Roland de Margerie, einer der hervorragendsten Kenner Deutschlands, ist in den Staatsrat eingetreten, eine äußerst erstrebenswerte und ehrenwerte Funktion. – Sie werden verstehen, meine Damen und Herren, dass eine derartige Ahnengalerie etwas einschüchternd auf mich wirken muss.

Doch wenn es schon nicht leicht ist, auf solche Männer zu folgen, wieviel schwieriger es ist, Nachfolger von François Seydoux zu sein und eine Arbeit wiederaufzunehmen, der ich mich mit Haut und Haaren verschrieben hatte, der ich mich aus tiefster Überzeugung, fast würde ich sagen, aus Passion vier Jahre lang gewidmet habe. Ich sage, vier Jahre, doch im Grunde hatte ich zeit meines Lebens – ob ich nun in Deutschland war oder nicht – mit den deutschen Problemen zu tun. Vielleicht ist es kein Zufall, dass ich – wie Sie das, Herr Präsident, schon gesagt haben – ausgerechnet in Berlin geboren wurde, auch wenn man es mir – leider, leider – nicht anhört. Ich muss gestehen, dass ich Berlin mit sechs verlassen habe.

Schon zu Beginn dieses Jahrhunderts war mein Vater mit der Frage der deutsch-französischen Beziehungen befasst, und er nach dem Ersten Weltkrieg entscheidenden Anteil an der Gründung jenes deutsch-französischen Komitees, das unter dem Vorsitz eines luxemburgischen Industriellen – er hieß Mayrisch – versuchte, die Beziehungen beider Länder zum Besseren zu wenden. Mit einer derartigen erblichen Belastung war es kein Wunder, dass ich als frischgebackener Attaché zum jüngsten Mitarbeiter Aristide Briands wurde, der damals am Zenit seiner faszinierenden Laufbahn stand und sein ganzes Prestige für die Idee der Versöhnung mit den Deutschen in die Waagschale warf. Vergebens. Als ich zu Beginn des Nationalsozialismus an unsere Botschaft in Berlin versetzt wurde, war bereits zu erkennen, dass nichts Gutes zu erwarten sei. Das hat sich bestätigt, als ich dann in Paris am Quai d'Orsay die deutschen Fragen zu behandeln hatte. Doch gleich nach dem Krieg machte ich mich wieder ans Werk und gehörte zum Beraterstab des französischen Oberkommandierenden in Berlin. Dort habe ich dann die heroische Epoche der Blockade erlebt, bevor ich wider in Paris die Leitung der Europa-Arbeit unseres Ministeriums übernahm.

Nie habe ich mich geweigert, in andere Länder zu gehen; doch Deutschland ist mir ein wenig zum Schicksal geworden. Darum werden Sie verstehen, dass ich auch diesmal, als man mir die Wahl ließ zwischen mehreren Möglichkeiten – und einige entbehrten nicht eines gewissen Reizes – aber dieses Geheimnis werde ich nicht enthüllen –, keinen Augenblick gezögert habe, wieder nach Bonn – oder nach Hamburg – zurückzukehren. Ich finde, dass es für einen Franzosen, insbesondere für einen Diplomaten, eine Genugtuung ist, sich um ein gedeihliches Verhältnis zwischen unseren beiden Ländern zu bemühen, denn es ist eine wichtige, eine für ganz Europa entscheidende Aufgabe. Ich packe sie mit dem gleichen guten Willen, mit der gleichen Entschlossenheit an wie beim ersten Mal.

François Seydoux Clausonne
15. Februar 1905 – 30. August 1981.
Französischer Diplomat. Studierte
Philosophie und Jura an der Sorbonne
und der École des Sciences Politiques in
Paris. War nach dem deutsch-französi-
schen Waffenstillstand im Zweiten
Weltkrieg zunächst französischer
Geschäftsträger in Budapest, quittierte
aber 1942 seinen Dienst, um sich der
Résistance anzuschließen.
1945 Generalsekretär der französischen
Delegation bei der Pariser Friedens-
konferenz. 1949–1955 Chef der Europa-
Abteilung im französischen Außen-
ministerium. 1955 Botschafter in Wien.
1958–1962 und 1965–1970 Botschafter
in Bonn.

Der erste Aufenthalt ist für mich mit vielen angenehmen Erinnerungen verbunden, mit viel interessanter Arbeit, und sicher wäre ich nicht wieder auf diesen Posten zurückgekehrt, wäre ich nicht davon überzeugt, dass auch die zweite Mission mir Anlass zur Befriedigung zu sein vermöchte.

Seitdem ich nun wieder zurück bin, stellt man mir immer wieder die gleiche Frage: Welche Veränderungen nehmen Sie wahr? Man wünscht von mir zu hören, ich sei der Meinung, es habe sich vieles geändert. Und wenn ich zögere mit meiner Antwort, baut man mir sogleich goldene Brücken; denn man unterstellt, es seien wohl keine Veränderungen zum Besseren zu bemerken.

Gewiss gibt es Veränderungen. Das merke ich schon an mir selbst; ich bin nicht jünger geworden. Was nun die Wandlungen in Deutschland angeht – ich meine, was sich auf Regierungsebene zugetragen hat –, so muss der Botschafter eines anderen Landes natürlich vorsichtig mit seinen Äußerungen sein. Doch ich kann nicht umhin, festzustellen, dass Herr Dr. Schröder als Außenminister bereits die Nachfolge von Herrn Dr. von Brentano, einem sehr guten Freund von mir, angetreten hatte, als ich das erste Mal hier war, dass Herr Dr. Adenauer weiter eine sehr bedeutende Rolle in der Bundesrepublik spielt und die Person von Herrn Professor Erhard schon damals kaum zu übersehen war. Bereits zu jener Zeit hatte ich mit ihm einen sehr guten Kontakt, und für meine Person freue ich mich, dass sich daran nichts geändert hat.

Sie werden einwenden, es gehe hier weniger um das Persönliche, als um das Sachliche. Dazu möchte ich Ihnen folgendes sagen:

Als ich in den letzten Jahren in Paris als Botschafter bei der NATO an meine Bonner Tätigkeit zurückdachte, nahmen sich die vier Jahre meines Wirkens wie ein blühender Blumentepich aus. In der oberflächlichen Erinnerung bleibt eben meist nur das Angenehme haften. Doch bei näherem Besehen war meine Arbeit manchmal mehr dem Terrain eines Reitturniers vergleichbar mit Hindernissen, die der Trippelbarre oder dem großen Oxer nicht unähnlich waren. Ich denke da zum Beispiel an eine Begegnung zwischen General de Gaulle und Bundeskanzler Adenauer in den ersten Augusttagen von 1960, ich glaube, dass es im Schloss Rambouillet war, die dann zur Interpretationen und Polemiken Anlass gaben, und das bei weitem nicht nur in Deutschland, sondern ebenso sehr in Frankreich. Dennoch kam es am 18. Juli 1961 zu jenem Treffen der Staats- und Regierungschefs in Bad Godesberg, auf dem der französische Staatspräsident und der deutsche Bundeskanzler ihre vier Partner so sehr von der Notwendigkeit zu überzeugen vermochten, mit der politischen Union Europas zu beginnen, dass ein Ausschuss beauftragt wurde, dazu geeignete Vorschläge zu bearbeiten.

Diese Vorschläge wurden dann am 17. April des folgenden Jahres verworfen, nicht von Ihnen und nicht von uns. Natürlich war das wieder ein fataler Rückschlag. Doch war es ein Grund zu verzweifeln? Im Gegenteil. Nie waren die deutsch-französischen Beziehungen herzlicher und enger als nach diesem Fehlschlag. Diese Zeit war geprägt von der Reise des Bundeskanzlers nach Frankreich, die mit der ersten gemeinsamen deutsch-französischen Truppenparade in Mourmelon bei Reims, gefolgt von einem feierlich zelebrierten Hochamt in der Kathedrale dieser Stadt, ihren Abschluss fand. Diese Reise war auf den ersten offiziellen Besuch von Bundespräsident Lübke in Paris gefolgt. Beide Ereignisse zeigten, wie sehr sich unsere beiden Länder schon nähergekommen waren, eine Entwicklung, die mit dem triumphalen Aufenthalt von General de Gaulle in der Bundesrepublik und in dieser Stadt, wo ihn die deutsche Bevölkerung mit so viel spontaner Herzlichkeit, mit so viel ehrlicher Begeisterung empfing, im September 1962 ihren Höhepunkt erreichte. Es war diese Entwicklung, die im Januar darauf zum deutsch-französischen Vertrag geführt hat.

Die Chancen Europas blieben also gewahrt. Die beiden Urheber dieses Vertrages, der General und der Bundeskanzler, mochten wohl wissen, dass ihre beiden Länder allein noch nicht Europa sind. Aber sie waren sich auch der Tatsache bewusst, dass ohne eine deutsch-französische Gemeinsamkeit kein Europa denkbar ist, und dass sie daher für die Gestaltung unserer Zukunft einen wesentlichen Beitrag geleistet hatten.

Mir will scheinen, als können man die Bedeutung dieses Vertrages gar nicht hoch genug einschätzen. Zunächst einmal glaube ich, dass Deutschland und Frankreich richtig gehandelt haben, als sie nach all dem, was zwischen ihnen geschah, einen Schlusstrich, einen für alle sichtbaren Schlusstrich unter die Vergangenheit zogen und sich gelobten, die Zukunft gemeinsam zu meistern. Ich bin nämlich der Auffassung – das sage ich ganz offen –, dass im Zeitalter der Massendemokratie und des Fernsehens zur Politik auch ein wenig show-business gehört. Wir müssen die üblen Bilder der Vergangenheit, an die wir uns leider nicht gut aus unseren Geschichtsbüchern erinnern, und das meine ich, meine Damen und Herren, gilt für beide Seiten des Rheines, durch neue Symbole ersetzen, und unter diesem Gesichtspunkt müssen wir die Umarmung des französischen Staatspräsidenten und des deutschen Bundeskanzlers nach der Unterzeichnung des Vertrages im Januar 1963 werten.

Ich weiß, welche Bedeutung General de Gaulle diesem Vertrag beimisst. In Paris leitete ich jenen Koordinierungsausschuss, in dem alle Ministerien, deren Aufgabenbereich von dem deutsch-französischen Vertrag berührt wurde, vertreten waren. Aus eigener Erfahrung kann ich Ihnen daher sagen, dass wir es sehr ernst nehmen mit unserer Arbeit und wir den festen Willen haben, konkrete Ergebnisse zu erzielen.

Nun, es gibt Ergebnisse, welche die Nützlichkeit dieses Vertrages unter Beweis stellen. Weder die Regierungen noch die Politiker bei Ihnen und bei uns können sie übersehen. Diese Ergebnisse liegen vor allem im menschlichen Bereich. Denken Sie an das deutsch-französische Jugendwerk, das allein im ersten Jahr seines Bestehens zum Austausch von 250000 Jugendlichen beitrug. Denken Sie an den Austausch militärischer Verbände. Denken Sie an die regelmäßigen Kontakte auf allen Ebenen unserer Verwaltungen bis hinauf zu den höchsten Regierungsspitzen.

Sicher sind wir nicht immer einer Meinung; aber es ist ein permanentes Gespräch im Gang. Das ist wertvoll, denn nur so wird Europa allmählich zusammen wachsen. Doch gerade in dieser Hinsicht haben wir noch nicht sehr viel erreicht. Unser Zwiegespräch ist ja kein Selbstzweck. Es soll uns dazu führen, in Fragen von beiderseitigem Interesse eine gemeinsame Haltung zu erarbeiten, damit wir gemeinsam zu handeln vermögen. Davon sind wir leider noch recht weit entfernt. Das darf uns jedoch nicht ermutigen, sondern soll im Gegenteil uns Ansporn sein, dass wir es fortan besser machen.

Vor Ende des vergangenen Jahres befanden wir uns in einer besonders schwierigen Situation, weil in internationalen Gremien, nämlich im gemeinsamen Markt und in der NATO, Probleme zur Diskussion standen, die auch unser beiderseitiges Verhältnis berührten. Das eine war die von sechs Ländern gemeinsam beschlossene Festsetzung eines einheitlichen Getreidepreises innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Es wurde gelöst, weil Bundeskanzler Erhard sehr wohl erkannte, dass es sich hier um eine politische Entscheidung handelte, die für den Aufbau Europas von großer Bedeutung war.

Meine Damen und Herren! Wir dürfen nicht verkennen, dass wir bei der Errichtung des Gemeinsamen Marktes an einem Punkt angelangt sind, wo die Entscheidungen mehr und mehr politischer Natur sein werden, so dass es immer dringlicher wird, die ökonomische Gemeinschaft durch eine politische zu ergänzen, wenn wir verhindern wollen, dass sich sein Elan verlangsamt. Und gerade, weil diese Gefahr besteht, halten wir konsequent an der Weiterentwicklung dieser Wirtschaftsgemeinschaft fest, deren Väter ja in der Wirtschaft ein politisches Ziel zu erreichen suchten.

Die französische Regierung bejaht dieses politische Ziel. Aber sie wünscht ein «europäisches Europa» zu erstellen, womit sie meint, dass es nicht auf die Zahl der Mitgliedsländer ankommt – es sind heute sechs und mögen morgen mehr sein. Worauf es mir ankommt, ist, dass dieses Europa fähig ist, über sein Geschick selbst zu bestimmen. Wir meinen, dass Europa auch bedeutet, die Mittel, die wirtschaftlichen, politischen und militärischen Mittel zu wollen, die es braucht, um sich zu behaupten und sich durchzusetzen. Meine Damen und Herren! Ein solches Europa ist nicht gegen die Vereinigten Staaten

gerichtet. Im Gegenteil, es will ein Partner, ein möglichst ebenbürtiger Partner Amerikas sein, einer der beiden Pfeiler der atlantischen Allianz, deren anderer die Vereinigten Staaten sind.

Das andere Problem betraf die Errichtung einer multilateralen Atomstreitmacht innerhalb oder außerhalb unserer Allianz. Es hat an Dringlichkeit verloren, weil die daran interessierten Regierungen angesichts der unterschiedlichen Meinungen nichts überstürzen wollten und es vorzogen, die Sache noch einmal zu überdenken. Wir Franzosen dachten dabei besonders an die Folgen, die sich aus der Existenz einer solchen Streitmacht für die Einheit Europas und Deutschlands ergeben könnten. So konnte die letzte Begegnung von Staatspräsident de Gaulle und Bundeskanzler Erhard unter günstigen Voraussetzungen stattfinden. Sie war in der Tat besonders in psychologischer Hinsicht, weil sich die beiden Staatsmänner einmal in Ruhe und Vertraulichkeit aussprechen konnten, ein großer Gewinn.

Seit Rambouillet ist nun das Problem der politischen Zusammenarbeit in Europa weiter in den Vordergrund der Überlegungen getreten. Wir wissen, dass es dazu Verhandlungen der sechs Partnerstaaten bedarf, und sicherlich hat General de Gaulle dazu grundsätzlich seine Zustimmung gegeben. Aber nach den bitteren Erfahrungen, die wir vor drei Jahren gemacht haben, und den Enttäuschungen, die sie in der Öffentlichkeit hervorriefen, gilt es, einen neuen Fehlschlag zu verhindern. man kann nicht einfach zusammenkommen, nur damit man zusammenkommt. Es muss begründete Aussicht auf Erfolg bestehen. Ein Ja zu einem Treffen kann unter Umständen ein Nein zum Ergebnis bedeuten, während gewisse im voraus angestellte Überlegungen durchaus positiver Natur zu sein vermögen. Was wir vermeiden wollen, sind Gespräche über reine Verfahrensfragen. Uns kommt es auf den Inhalt an, nämlich den Inhalt, den wir Europa zu geben haben, die Rolle, die es in der Welt zu spielen hat. Ich meine, dass die Frage, inwieweit die sechs europäischen Länder gegenüber den anderen eine gemeinsame Haltung einnehmen sollen, wichtiger ist als die Frage, wie diese Probleme organisatorisch angepackt werden sollen. Erst muss man doch einmal wissen, ob man etwas gemeinsam unternehmen will und was man gemeinsam unternehmen will, bevor man sich über die Methode unterhält. Solange wir uns nicht einig sind über das, was wir unternehmen wollen, hat es wenig Sinn – das jedenfalls ist die Ansicht der französischen Regierung –, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, wie wir es machen sollen.

Ähnliches gilt für eine andere Frage, von der ich weiß, dass sie Ihnen, meine Damen und Herren, besonders am Herzen liegt, nämlich die Frage nach der Einheit Deutschlands. Eine nun leider schon zwanzigjährige Erfahrung lehrt uns, dass wir auch hier mit Verfahrensfragen nicht weiterkommen. Schöne Theorien allein, so berechtigt sie sein mögen, führen uns nicht zum Ziel.

Dieses Ziel ist die Einheit Deutschlands. Ich glaube, kein Staatsoberhaupt hat sich nachdrücklicher dazu bekannt als General de Gaulle. Er sieht im Selbstbestimmungsrecht der Völker, der Nationen, ein Prinzip der Ordnung des Krieges. Seit jeher schon war Frankreich der Meinung, dieses Recht könne nicht Gegenstand von Manipulationen sein. Es ist ein absolutes Recht. Auch wenn es uns nicht leicht fiel, es anzuerkennen, haben wir uns zu ihm bekannt. Alle Völker haben darauf den gleichen Anspruch.

Auch die Deutschen. Und weil diese Deutschen im Herzen Europas leben, ist ihr Problem ein so eminent europäisches. Es wird keinen wirklichen Frieden geben, solange es nicht gelöst ist. Wir vermögen uns daher mit der friedlichen Koexistenz nicht abzufinden. Sie ist nicht der wirkliche Frieden. Wohl hat sie zu einem Modus vivendi geführt, doch er beruht auf der Spaltung Deutschlands und diese wiederum auf einer Spaltung Europas. Die Deutschen können diesen Zustand nicht hinnehmen, und die anderen Europäer sollten es auch nicht können.

Also gilt es, den Eisernen Vorhang zu überwinden, und das kann nur in einer Atmosphäre der Entspannung geschehen, und um eine solche bemühen wir uns zurzeit. Diese Bemühungen geben Anlass zu zahlreichen Kommentaren, die mehr oder weniger offen Besorgnisse über die Entwicklung der

französisch-sowjetischen Beziehungen zum Ausdruck bringen. Als ob nicht andere Länder lange vor uns das Gespräch mit Moskau gesucht hätten und noch suchen. Es ist mir wirklich nicht ersichtlich, wie man General de Gaulle einen Vorwurf machen sollte. Mir will scheinen, dass nach allem, was er über Europa gesagt hat, was er über die deutsche Einheit gesagt hat, man seine Bemühungen nur begrüßen kann, dass man sie vor allem hierzulande begrüßen müsste.

Ich sage das sehr nachdrücklich, weil ich mich immer bemüht habe, die Deutschen zu verstehen, gerade auch hinsichtlich ihres Wunsches nach Wiederherstellung der Einheit ihres Landes. Ich denke mit viel innerer Bewegung und Sympathie an die Zeit der Errichtung der Mauer in Berlin zurück und an die Gefühle, die Sie zu jener Zeit bewegten. Ich erinnere mich ganz gut daran, dass ich zu dieser Zeit meinen Urlaub in der Bretagne verbrachte und dass ich sofort nach Bonn zurückkehrte, um nach Berlin zu fahren. Ich muss sagen, dass ich zu dieser Zeit, ich glaube, fünfmal in sechs Wochen nach Berlin kam; aber am ersten Mal war es genau der Tag, an welchem Präsident Johnson, der zu dieser Zeit nur der Vizepräsident der Vereinigten Staaten war, nach Berlin kam. Ich kann Ihnen versichern, dass Ihre französischen Nachbarn sehr gut begreifen, was Berlin, die Freiheit Berlins, für Sie bedeutet.

Wenn ich das alles überdenke – und ich meine es ernst mit dem, was ich sage –, so kann ich nicht umhin, mit einiger Befriedigung festzustellen, dass gerade in dieser Hinsicht sich die Deutschen und die Franzosen doch recht gut verstehen.

Aber natürlich befinden sich die beiden Nationen nicht in der gleichen Lage. Frankreich ist es gelungen, seine Probleme der Nachkriegszeit zu lösen. Das war möglich, weil das in erster Linie von den Franzosen abhing. Dennoch war es nicht leicht. Denken Sie nur an die Entkolonialisierung, bei der es keineswegs nur um materielle Dinge ging, sondern ebenso sehr um moralische, um die geschichtliche Aufgabe unserer Nation und ihrer Rolle, die sie in der Welt zu spielen hat. Denken Sie daran, was für einen Mann meiner Generation Namen wie Dakar und ganz besonders Algier bedeuten, welche Visionen sich mit ihnen verbinden. Nun, wir haben uns dem Lauf der Geschichte gefügt. Wir haben uns angepasst. Ich weiß nicht recht, ob dies ohne General de Gaulle, ohne sein Gespür für Realitäten, für Entwicklungen, überhaupt möglich gewesen wäre. Wer anders hätte so etwas wagen können! Er hat es gewagt, und damit hat er uns eine Handlungsfreiheit wieder zurückgegeben, die, so denken wir, nicht nur Frankreich, sondern ganz Europa zugute kommt.

Er, der untadelige Patriot, hat diesen Schnitt vorgenommen, und doch ist er es, der viel von der Größe Frankreichs spricht. Gerade das wird ihm auf dieser Seite des Rheins mitunter zum Vorwurf gemacht, wobei man hinzufügt, er spreche die Sprache des 19. Jahrhunderts. Ein solcher Vorwurf ist mir nicht recht verständlich. Ihm ist es doch zu verdanken, dass Frankreich mehr als ein Dutzend Länder in die Unabhängigkeit entließ.

Ist das nicht eine fortschrittliche, die Ideologen würden sagen, progressive Politik? Dieser Staatsmann, dem das Prestige seines Landes so sehr am Herzen liegt, ist friedliebend. Natürlich glaubt er an die Größe seiner Nation. Doch Größe ist nicht unbedingt eine Frage des Ausmaßes, ist nicht gleichbedeutend mit äußerem Glanz, mit Reichtum oder Macht. Sie ist ein moralischer Wert. Diese Art von Größe verweigert de Gaulle keiner Nation, denn sie ist das Unterpfand des Wohlstandes, des Glücks der Völker und des Friedens.

Mir will scheinen, als liege hier ein wesentlicher Aspekt des neuen deutsch-französischen Verhältnisses. Das heutige Frankreich ist nicht ein zögerndes Frankreich, das sich über sich selbst und seinen Platz in der Welt nicht im Klaren ist oder über die Haltung, die es gegenüber seinem deutschen Nachbarn einnehmen soll. Dieser Nachbar sollte das begrüßen. Er hat sich zum erstenmal in seiner Geschichte klar für den Westen entschieden. Das war für alle Länder dieses Westens, insbesondere aber für uns Franzosen, von ausschlaggebender Bedeutung. So erklärt sich, dass aus unserem Gegeneinander ein Zueinander wurde. So erklärt sich, dass Frankreich sich einen echten Partner wünscht, der ihm ein Bundesgenosse von Gewicht zu sein vermag in

einem Europa, dessen Sicherheit, ebenso die Sicherheit Amerikas, durch die atlantische Allianz gewährleistet sein muss.

Über unsere Haltung gegenüber dieser Allianz ist viel geschrieben und gesprochen worden, viel Kritisches vor allem. Ich glaube, man sollte sehr klar sehen, dass wir, die wir immer schon die Verbündeten der Briten und der Nordamerikaner waren, diese Allianz bejahen, dass wir ihre Ziele bejahen, dass wir, die wir zu ihren Begründern gehören, in ihr jene Rolle spielen wollen, die uns heute gebührt. In einem Bündnis, in dem so viele Nationen vereint sind – freie Nationen, meine Damen und Herren –, wird es immer Meinungsverschiedenheiten geben über Fragen der Organisation, der Strategie, der Bewaffnung, der Verteilung des Kommandos, und es wird daher immer Probleme geben, deren Lösung Schwierigkeiten verursacht. Ich weiß das mehr als mancher andere, weil ich mehr als zwei Jahre der französische Botschafter bei der NATO war. Ich denke doch, dass unser Bündnis so in sich gefestigt ist, dass es derartige Schwierigkeiten zu ertragen vermag.

Außerdem will mir scheinen, gerade die Tatsache, dass wir in dem Europa – und ich habe bereits dargestellt, wie wir dieses Europa sehen – Europa, sage ich, müsste angesichts seiner wieder- oder wenigstens teilweise wiedergefundenen Bedeutung mehr Verantwortung tragen, mehr Pflichten und Lasten übernehmen, dafür aber auch ein größeres Recht auf Mitsprache, auf Mitentscheidung erhalten, gerade ein Beweis dafür ist, dass wir es ernst nehmen mit diesem Bündnis. Wir haben das im Übrigen zur Genüge bewiesen in schweren Stunden, wo wir gewiss nicht die letzten, sondern wahrscheinlich die ersten waren, die sich zur Stelle meldeten, als es galt, einer Gefahr zu begegnen. Darauf kommt es doch an. Alle unsere Bemühungen, ob auf dem Gebiet der konventionellen Bewaffnung oder der nuklearen, haben zum Ziel, unsere eigene Sicherheit und damit die Sicherheit unserer Verbündeten zu gewährleisten. Niemand – und am allerwenigsten unser Nachbar – kann daran zweifeln, dass wir im Ernstfall mit unseren sämtlichen Streitkräften zu unseren Verbündeten stehen würden.

Überhaupt sollten wir, so glaube ich, mehr das Gemeinsame als das Trennende sehen. In der zweigeteilten Welt, die wir vor 15 Jahren kannten, war die Außenpolitik ein relativ einfaches Geschäft. Es gab nur weiß und schwarz. Heute zeigt unser Erdball die verschiedensten Schattierungen. Denken Sie an die Dritte Welt, die es damals gar nicht gab. In Afrika allein sind mehr als zwei Dutzend Länder unabhängig geworden.

Denken Sie an China, ein 700-Millionen-Volk, das gegen die sowjetrussische Vormacht aufbegehrt, und an die kleineren kommunistischen Länder, die sich diese Entwicklung zunutze machen. Auf diese Entwicklung reagieren aber die Länder unserer Allianz verschieden, ja, wie wir feststellen müssen – und ich für meinen Teil bedauere es –, sogar die sechs Länder des Gemeinsamen Marktes. Angesichts ihrer unterschiedlichen Vergangenheit ist das nicht erstaunlich. Diese Vergangenheit lässt sich nicht einfach auslöschen. Worauf es jetzt ankommt, ist, einem gemeinsamen Ziel zuzustreben und dabei jene Gemeinsamkeit zu erarbeiten, die wir brauchen.

So sind nun einmal die Realitäten, und wenn man sie richtig erkennt, dann kann man das, was wir schon erreicht haben, nicht gering einschätzen. Das trifft ganz besonders für unser beiderseitiges Verhältnis zu. Doch wir neigen dazu, von dem zu sprechen, was wir noch nicht erreicht haben, und gewiss bleibt noch sehr viel zu tun. Es bleibt vor allem noch viel zu tun, damit wir eine gemeinsame Haltung zur Umwelt finden, denn sonst werden wir nie zu einer gemeinsamen Außenpolitik, wie sie der deutsch-französische Vertrag vorsieht, geschweige denn zu einer europäischen Außenpolitik gelangen.

Das wird möglich sein, wenn wir jetzt willens sind, die Folgerungen aus unserer Gemeinsamkeit zu ziehen. Trotz allem ist diese Gemeinsamkeit schon stark in unser Bewusstsein gedrungen. Ich will Ihnen dafür zwei Beispiele aus meinen allerjüngsten Erfahrungen nennen.

Vor kurzem wohnte ich in der Nähe von Bonn der Rückführung einer Kirchenglocke bei, die französische Soldaten 1793 nach Frankreich gebracht hatten, wo sie zu Geschützrohren umgeschmolzen werden sollte. Doch soweit ist es nicht gekommen. Die katholische Gemeinde im lothringischen

Mirecourt, unweit von Nancy, hat sie nach den Napoleonischen Kriegen erworben, und ein Abbé, der nicht nur den Mut hatte, Deutsch zu lernen, sondern auch den Turm seiner Kirche zu erklimmen, entdeckte genau 170 Jahre später, dass sie aus der schönen romanischen Doppelkirche von Schwarzhainbach bei Bonn stammte, die sie 1616 gießen ließ und auf den Namen Michael getauft hatte. Das rechtsrheinische Gotteshaus war während der letzten Kriege aller seiner Glocken verlustig gegangen und gerade im Begriff, von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen neue Glocken zum Geschenk zu erhalten. Was geschah? Die französische Gemeinde gab der von Schwarzhainbach ihre Glocke zurück, worauf die Landesregierung in Düsseldorf ihrerseits die für die deutsche Kirche vorgesehene Glocke der französischen überließ. Das gab Anlass zu einer sehr herzlichen unpathetischen Feier, an der auch Altbundeskanzler Adenauer teilnahm und die in ihrer Einfachheit unheimlich sympathisch war.

Wenige Tage später stattete ich der Landesregierung in Saarbrücken meinen Antrittsbesuch ab, so wie ich es heute beim Hamburger Senat tat. Dass ich in der Hansestadt mit ausgesuchter Zuvorkommenheit begrüßt wurde, wird Sie nicht wundernehmen. Aber dass ich im Saarland mit so unverhohlener Spontaneität empfangen wurde, die das Maß der offiziellen Artigkeit weit überschritt, ist mir doch sehr zu Herzen gegangen. Die Saarfrage gehörte ja lange zu meinen Obliegenheiten und nicht gerade zu den angenehmsten. Sie schien lange unlösbar. Was haben wir uns darüber die Köpfe zerbrochen! Dennoch haben wir sie gelöst. Meine Damen und Herren! Heute erscheint uns das selbstverständlich. Aber vielleicht werden Sie mir zustimmen, wenn ich sage, dass damals von unserer Seite schon etwas Selbstverleugnung dazugehörte. Ich erwähne es, weil solche Erlebnisse nicht nur für mich, sondern für uns alle eine Lehre sein sollten, zeigen sie doch, dass man kann, wenn man will. Und wir müssen wollen. Es wird in unseren wechselseitigen Beziehungen immer auf und ab gehen; es wird Höhe- und Tiefpunkte geben. Das ist in den besten Ehen nicht anders. Und in der noch jungen Ehe, die Deutschland und Frankreich, die der Michel mit der Zipfelmütze und Marianne mit der phrygischen Haube nach so vielen Zwischenfällen endlich eingegangen sind, müssen sie sich langsam aneinander gewöhnen. sie müssen sich gegenseitig Konzessionen machen, und sie müssen ihre respektiven Schwiegermütter ertragen, womit ich jene tausendjährige Geschichte, jene altehrwürdigen Traditionen meine, die uns in der Vergangenheit getrennt haben.

Nun, die Gegenwart hat uns bereits einander nähergebracht, und die Zukunft muss uns vollends vereinen. Brächten wir das nicht zuwege, dann würde eben keiner von uns beiden eine Zukunft mehr haben, Sie, die Deutschen, nicht und wir, die Franzosen, auch nicht. und darum, meine Damen und Herren, lassen Sie mich mit der Feststellung schließen: Es gibt im deutsch-französischen Verhältnis kein Zurück mehr zum Gewesenen, sondern nur einen gemeinsamen Blick nach vorn! ■